



**Hate  
Aid**

Technische  
Universität  
München



**Angegriffen &**

**alleingelassen**

**Wie sich digitale Gewalt auf  
politisches Engagement auswirkt.  
Ein Lagebild.**

**Zusammenfassung**

Demokratie lebt von Menschen, die sich an ihr beteiligen und sich einbringen. **Doch Politiker\*innen, Wahlkampfteams und andere politisch Engagierte geraten immer stärker unter Druck: Hass und Gewalt haben die jüngsten Wahlkämpfe geprägt.** Auf der Straße kommt es zu Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Beleidigungen in den sozialen Netzwerken sind an der Tagesordnung. Vor allem dort werden Menschen zu Feindbildern stilisiert, wird Hass auf politische Gegner\*innen geschürt. Die vorliegende neue Studie verdeutlicht: Das hat Folgen für das politische Engagement in Deutschland. **Digitale Gewalt<sup>1</sup> gefährdet die Bereitschaft von politisch engagierten Menschen, sich für die Demokratie einzusetzen.**

Die von der Technischen Universität München in Kooperation mit der Menschenrechtsorganisation HateAid durchgeführte Studie **„Angegriffen & alleingelassen: Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.“** wirft ein Schlaglicht auf das Ausmaß solcher Anfeindungen und deren Auswirkungen, ohne den Anspruch zu erheben, ein repräsentatives Bild zu präsentieren. Gerade mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl soll sie Defizite unter anderem in der Rechtsdurchsetzung aufzeigen sowie Handlungsoptionen von Parteien, Strafverfolgungsbehörden und Plattformen deutlich machen, um der wachsenden Erosion von demokratischen Strukturen durch fehlendes Engagement entgegenzuwirken.

Befragt wurden insgesamt 1.114 politisch engagierte Personen, die auf unterschiedlichen politischen Ebenen und in unterschiedlichen Berufsfeldern tätig sind (49 % Männer, 51 % Frauen). Die Studie ist nicht repräsentativ.

## Die wichtigsten Ergebnisse:

- **Mehr als die Hälfte der politisch Engagierten ist betroffen, aber nicht alle auf die gleiche Weise.** Digitale Gewalt betrifft die Mehrheit politisch aktiver Menschen. Die Studie zeigt: Insgesamt berichteten 58 % aller Befragten von Anfeindungen im Internet. Die meisten richteten sich gegen die politische Position der Betroffenen. Politisch Engagierte, die schon einmal digitale Gewalt erlebt haben, berichteten zudem häufiger von Angriffen im analogen Raum (71 %) als andere (47 %).
- **Politisch engagierte Frauen sind besonders betroffen.** Die Betroffenheit unter Frauen (63 %) ist höher als unter Männern (53 %).<sup>2</sup> Fast zwei Drittel (68 %) der betroffenen Frauen berichten von geschlechtsspezifischer Gewalt wie Sexismus, Frauenhass und misogynen Aussagen. Außerdem hat fast ein Viertel von ihnen schon einmal Androhungen sexueller Gewalt, z. B. Vergewaltigungsdrohungen, erhalten. Unter den männlichen Befragten waren es 3 %. Bei Männern zeigt sich ein anderes Bild: Ihnen wurde häufiger mit anderen Formen körperlicher Gewalt gedroht, wie Schläge oder Mord (51 %, Frauen 43 %).
- **Die Gewalt bleibt nicht im Internet.** Personen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, berichteten zu einem größeren Anteil davon, auch analoge Gewalt erlebt zu haben: Sie erlebten häufiger physische Angriffe (jeweils 32 % für Männer und Frauen) als diejenigen, die nicht von digitaler Gewalt betroffen waren (10 % der Männer, 14 % der Frauen).
- **Mehr als jede zweite betroffene politisch engagierte Person verändert ihre Kommunikation – vor allem Frauen denken ans Aufhören.** Die Anfeindungen haben negative Auswirkungen auf die politische Arbeit der Befragten (Männer: 34 %, Frauen: 47 %). Wesentlich mehr betroffene Frauen (66 %) schränkten ihre Nutzung der sozialen Medien ein, nachdem sie digitale Gewalt erlebt hatten (Männer: 53 %). Das bedeutet: Sie passten ihren Ton und ihre Inhalte an, dachten darüber nach, öffentliche Auftritte zu reduzieren oder sogar eine Auszeit von der Arbeit zu nehmen.

Teilweise führte digitale Gewalt dazu, dass Betroffene darüber nachdachten, eine Position nicht anzunehmen, da sie besonders häufig digitalen Anfeindungen ausgesetzt ist. 49 % der befragten Frauen dachten darüber mindestens manchmal nach (Männer: 30 %), 11 % gaben an, diesen Gedanken sogar ständig zu haben (Männer: 3 %). Auch ein kompletter Rückzug aus der politischen Arbeit kam für Frauen deutlich häufiger infrage (22 %; Männer: 10 %).

- **Politiker\*innen und politisch Engagierte fühlen sich im Stich gelassen.** Viele der Befragten wünschen sich angesichts dieser Erfahrungen mehr Unterstützung. 49 % der Männer und 66 % der Frauen gaben an, sich hinsichtlich ihres politischen Engagements nicht ausreichend auf digitale Gewalt und ihre Folgen vorbereitet zu fühlen. Und das, obwohl 59 % der männlichen und 53 % der weiblichen Betroffenen angaben, dass es in ihrer Partei oder an ihrem Arbeitsplatz Ansprechpersonen gebe. Die Mehrheit derer, die bereits angefeindet wurden, wünschte sich mehr Solidarität innerhalb ihrer Partei, ihrer Gemeinschaft oder an ihrem Arbeitsplatz.
- **Nur eine Minderheit geht rechtlich gegen digitale Gewalt vor.** Nur knapp ein Drittel (30 %) der betroffenen politisch Engagierten hat schon einmal eine Strafanzeige wegen digitaler Gewalt bei der Polizei erstattet. Lediglich 8 % sind bereits zivilrechtlich gegen Täter\*innen vorgegangen.

Die Studie macht deutlich: **Digitale Gewalt verändert die Art und Weise, wie politisch Engagierte handeln und kommunizieren – und kann letztlich sogar die Entscheidung darüber beeinflussen, für welche Art von politischer Position sie sich zur Verfügung stellen.** Frauen, die noch immer in Parlamenten unterrepräsentiert sind, trifft das in besonderem Maße. Staat und Gesellschaft haben es versäumt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Politiker\*innen und andere politisch Engagierte in ihrer Tätigkeit online und in der analogen Welt sicher fühlen. Es ist für eine gesunde Demokratie aber unabdingbar, dass diese sich ohne Angst vor Hass und Gewalt stellvertretend für die Belange von Bürger\*innen einsetzen können. **Stattdessen fühlen sich politisch aktive Personen verunsichert und alleingelassen.** Dabei hat das Bundesverfassungsgericht bereits 2021 in einem Beschluss deutlich gemacht: Öffentlich engagierten Menschen steht ein hinreichender Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte zu. Nur wenn dieser gegeben sei, könne von ihnen erwartet werden, dass sie an Staat und Gesellschaft mitwirken.

Gerade in Anbetracht der vorgezogenen Bundestagswahl müssen die Ergebnisse dieser Studie daher ein Weckruf für verschiedene Akteur\*innen sein, umgehend und umfassend zu handeln:

### 1. An die Vorsitzenden der Parteien:

#### Parteiinterne Anlaufstelle für Betroffene:

Es braucht eine institutionalisierte, innerparteiliche Anlaufstelle für Betroffene von digitaler Gewalt. Die Erhebung zeigt sehr klar, dass die bisherigen Ansprechpersonen nicht als ausreichend wahrgenommen werden. Diese Stelle muss den Parteimitgliedern bekannt und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sein, um z. B. Inhalte zu melden, Beweise zu sichern und bei Strafanzeigen zu unterstützen.

#### Kandidierende proaktiv schützen:

Kandidierende sind bei Anfeindungen meist auf sich allein gestellt. Parteien müssen ihnen präventive Vorbereitung auf Hasskampagnen und Grundlagen der Krisenkommunikation anbieten und ihnen während der Angriffe Social-Media-Screenings und Moderationsressourcen zur Verfügung stellen.

### 2. An Strafverfolgung und Justiz:

#### Konsequente und zeitnahe Strafverfolgung:

Gewalt gegen Personen des politischen Lebens ist kein privates Problem, sondern ein gesellschaftliches. Durch die Erweiterung des § 188 StGB sollte dem bereits begegnet und die Strafverfolgung von Beleidigungsdelikten in bestimmten Fällen auch ohne Strafantrag ermöglicht werden, wenn sie das öffentliche Wirken erheblich erschweren. Die Norm erfasst aber keine Anfeindungen per Privatnachricht oder E-Mail, ist nicht auf Journalist\*innen und Aktivist\*innen anwendbar und wird auch bei öffentlichen Kommentaren sehr restriktiv ausgelegt. Es braucht jedoch auch in den Fällen, die nicht von der Norm erfasst sind, eine konsequente Strafverfolgung von Hasskriminalität gegen politisch Engagierte. Von einer Einstellung der Verfahren muss abgesehen werden und ein Verweis auf den Privatklageweg verbietet sich (entsprechend Nr. 86 RiStBV). Zudem müssen Verfahren zeitnah abgeschlossen werden. Es ist unbedingt erforderlich, dass Strafverfolgungsbehörden und Justiz hierfür mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden.

<sup>1</sup> Unter dem Sammelbegriff „digitale Gewalt“ verstehen die Autor\*innen der vorliegenden Studie eine Vielzahl unterschiedlicher abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verhetzender technologiegestützter Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen. Eine ausführliche Definition findet sich in Kapitel 3.1 der ausführlichen Publikation zur Studie.

<sup>2</sup> Insgesamt identifizierten sich 1,43 % der Teilnehmenden als divers. Aufgrund der vergleichsweise geringen Größe dieser Gruppe und den damit einhergehenden Einschränkungen in der statistischen Vergleichbarkeit mit den anderen beiden Gruppen, sowie der Sicherstellung der Anonymität, wurden diese Teilnehmenden für die weiterführenden statistischen Analysen ausgeschlossen.

### 3. An die Social-Media-Plattformen, Aufsichtsbehörden und den europäischen Gesetzgeber:

#### Durchsetzung der EU Digitalgesetzgebung:

Die Plattformen sind nach dem EU-Digitalgesetz, dem Digital Services Act, verpflichtet, Risiken für die öffentliche Debatte und Wahlen u. a. durch die Anpassung ihrer Algorithmen sowie der Moderation von Inhalten zu minimieren. Das bedeutet, dass etwa Politiker\*innen vor allem unmittelbar vor und während Wahlen besonders vor organisierten Angriffen und Desinformationskampagnen geschützt werden müssen und die Gewalt nicht algorithmisch verstärkt werden darf.

Zielgerichtetes und konsequentes Handeln gegen digitale Gewalt erfordert außerdem die Förderung bestehender demokratiefördernder, zivilgesellschaftlicher Strukturen und ein kontinuierliches Monitoring von Hassdynamiken im Netz.

#### Über die Studie

Die Studie „Angegriffen & alleingelassen: Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.“ wurde 2024 von der

#### Menschenrechtsorganisation HateAid in Kooperation mit der Technischen Universität München durchgeführt.

Das Ziel der Studie ist, das Ausmaß und die Auswirkungen digitaler Gewalt gegen politisch Engagierte, und gegen politisch engagierte Frauen im Speziellen, zu erfassen. Aus den Erkenntnissen der Studie sollen notwendige Veränderungen abgeleitet werden, durch die Betroffene mehr Schutz und Unterstützung erfahren. Insgesamt haben an der Befragung 1.114 politisch engagierte Personen teilgenommen. Davon identifizierten sich 543 (49 %) als männlich und 571 (51 %) als weiblich. **Der Schwerpunkt der Erhebung lag auf Politiker\*innen, die auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene aktiv sind (67 %).** Außerdem wurden Aktivist\*innen (19 %), Wissenschaftler\*innen (5 %), Journalist\*innen und Publizist\*innen (4 %), Influencer\*innen (3 %) und sonstige Parteimitglieder (2 %) befragt. Das Spektrum ist bewusst weit gefasst, weil neben Politiker\*innen auch weitere politisch Engagierte öffentliche Debatten mitprägen und darum ein Teil der politischen Willens- und Meinungsbildung sind. Die Studie untersucht unter anderem, welchen Einfluss digitale Gewalt darauf hat, ob diese Menschen langfristig öffentliche Ämter anstreben. Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit und Betroffenheit von digitaler Gewalt können auf Basis der vorliegenden Daten nicht geschlossen werden. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

## Impressum

#### Herausgegeben von

HateAid gGmbH  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin

[hateaid.org](https://hateaid.org)

#### Wissenschaftliche Leitung und Umsetzung:

Prof. Dr. Janina Steinert, Luise Koch, Dr. Angelina Voggenreiter (Technische Universität München), Forschungs- und Beratungsagentur Point Blank

#### Gefördert von:

Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation

**Erhebungszeitraum:** 27.04.24–21.10.24 (quantitative Erhebung) und 02.07.24–26.08.24 (qualitative Erhebung)

**Kontakt:** [presse@hateaid.org](mailto:presse@hateaid.org)

**Zitationsvorschlag:** HateAid, Koch, L., Voggenreiter, A., Steinert, J.I. (2025): Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.

Die Langfassung der Studie finden Sie [hier](#).